

ZUR Zeitschrift für Umweltrecht

Das Forum für Umwelt- und Planungsrecht

Herausgeber:
Verein für Umweltrecht e.V.

Prof. Dr. Christian Calliess LL.M.Eur, Freie Universität Berlin; Dr. Jochen Gebauer, Bundeskanzleramt, Berlin; Dr. Harald Ginzky, Umweltbundesamt, Dessau; Dr. Markus Kachel, Rechtsanwalt, Berlin; Prof. Dr. Remo Klinger, Rechtsanwalt, Berlin; Dr. Malte Kohls, Rechtsanwalt, Bremen; Stefan Kopp-Assenmacher, Rechtsanwalt, Berlin; Dr. Susan Krohn, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Bonn; Prof. Dr. Silke R. Laskowski, Universität Kassel; Christian Maaß, Staatsrat a.D., Rechtsanwalt, Hamburg; Prof. Dr. Sabine Schlacke, Westfälische Wilhelms-Universität Münster; Dr. Stefan Möckel, Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – UFZ, Leipzig; Dr. Antje Näckel, Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Schleswig-Holstein, Kiel; Dr. Moritz Reese, Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – UFZ, Leipzig; Dr. Peter Schütte, Rechtsanwalt, Bremen; Prof. Dr. Bernhard W. Wegener, Universität Erlangen; Dr. Cornelia Ziehm, Rechtsanwältin, Berlin
Schriftleitung: Prof. Dr. Wolfgang Köck, Dr. Till Markus, Universität Bremen

4/2017

28. Jahrgang • Seiten 193-256

STANDPUNKT

Trump: Der Planet als Beute

Unmittelbar nach der Wahl Donald J. Trumps zum 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten erschien der SPIEGEL mit der Schlagzeile „Das Ende der Welt“ und mit einem Titelbild, auf dem ein überdimensionierter Feuerball mit dem Konterfei Trumps auf eine verschwindend klein im Weltall hängende, dem sicheren Untergang geweihte Erde zustürzte. Was auf den ersten Blick wie eine dem Schock der Wahnacht geschuldete Übertreibung anmuten mochte, kann sich auch in längerer Perspektive und bei umweltpolitischer Betrachtung noch als hellsichtige Warnung erweisen.

Auch mehr als einen Monat später verfolgt eine vor den Kopf geschlagene Weltöffentlichkeit gebannt und ungläubig die nicht enden wollende Kette eher bellender als zwitschernder präsidialer Kurznachrichten und Medienauftritte. Deren Ton und Inhalt sind oft von einer Art, die noch bis vor kurzem der dystopischen Fiction vorbehalten schien. Der Wechsel in der Präsidentschaft erscheint als zivilisatorischer „fall from grace“ der ältesten und wichtigsten Demokratie der Welt. Kritiker wie der NYT-Kolumnist Paul Krugman sprechen von einer neuen „Kakistokratie“, der Herrschaft der Schlechtesten. Ausgewiesene Republikaner wie der Mitherausgeber des „Atlantic“ David Frum skizzieren die Gefahr eines Übergangs in die autoritäre Kleptokratie: der Staat als Beute einer nurmehr an Bereicherung und Herrschafts-

sicherung interessierten Clique, die Stellung und Einfluss allein einem persönlichen und devoten Näheverhältnis zu einem ausgeprägt narzisstischen Präsidenten verdankt.

Wie der Staat, so ist auch die Natur dem neuen Präsidenten und seiner Administration allem Anschein nach in allererster Linie ein Objekt der Plünderung, nicht der Bewahrung. Von einem Mann dessen Naturerlebnisse sich auf Golfplatzfahrten beschränken, der seine Zeit in den guldernen Plüsch- und Kitschwelten trumpfischen Zuschnitts verbringt und der davon träumt, Amerika mit Investitionen vor allen in den Straßen- und Mauerbau wieder „GREAT“ zu machen, darf man in dieser Hinsicht ohnehin nichts erwarten. Die Wahl seiner Regierungsmitglieder aber offenbart das ganze Ausmaß der Gefahr: zum neuen Leiter der Environmental Protection Agency (EPA) bestellte Trump ausgerechnet Scott Pruitt, der die Umweltschutzpolitik der EPA in der Vergangenheit mit allen politischen Mitteln bekämpft hat. Erklärtes Ziel der neuen Regierung ist die inhaltliche, personelle und finanzielle Schwächung oder Zerschlagung dieser Politik. Statt auf erneuerbare Energien setzt die neue Administration auf eine erneute Hinwendung zu den heimischen fossilen Energieträgern Kohle, Öl und Gas. Ihre Vertreter rücken en bloc in die Regierung ein. Ihr Programm ist dabei von einer solchen rückwärtsgewandten Radikalität, dass die Medien

es schon als Erfolg vermelden, wenn Pruitt oder der neue US-Außenminister und Ex-Chef der größten US-amerikanischen Erdölgesellschaft Rex Tillerson den menschlichen Einfluss auf das Klima in den Kongressanhörungen zu ihrer Bestätigung nicht ganz in Abrede stellen. Solche taktischen Zugeständnisse können aber nicht den Blick für die Tatsache verstellen, dass es in der gesamten neuen Regierungsmannschaft nicht ein einziges Mitglied gibt, dem oder der ein in irgendeiner Weise positives umweltpolitisches Profil zugeschrieben werden könnte.

Für den internationalen Klima- und Umweltschutz, der ungeachtet aller denkbaren Einwände weiterhin ohne Alternative ist, lässt sich von der jetzigen US-amerikanischen Administration demnach ebenso wenig Gutes erwarten, wie für die internationalen Beziehungen überhaupt. Nicht nur hat Trump selbst angekündigt, die USA würden sich unter seiner Führung aus dem Pariser Klimaabkommen zurückziehen. Was er von entsprechenden Bemühungen hält, hatte er schon 2014 in einem seiner berüchtigten Tweets zum Ausdruck gebracht: „This very expensive GLOBAL WARMING bullshit has got to stop. Our planet is freezing, record low temps, and our GW scientists are stuck in ice“.

Entsprechende Bestrebungen haben auch in der republikanischen Partei eine breite Mehrheit. So haben die Republikaner Ende Januar einen Gesetzentwurf eingebracht, der alle Zahlun-

gen der USA an den Weltklimarat IPCC, das Sekretariat der UN-Klimarahmenkonvention und den Grünen Klimafonds unterbinden soll. Das aus lediglich einer Verbotsbestimmung bestehende Gesetz soll den Titel „No Tax Dollars for the United Nations’ Climate Agenda Act“ tragen. Der Präsident ist also mit seiner antiökologischen Agenda nicht allein. Im Gegenteil ist auch die ihn tragende große Volkspartei in tragischer Weise seit Jahren in einem allgemeinen intellektuellen und programmatischen Niedergangs- und Radikalisierungsprozess gefangen, in dem die Ablehnung jedes staatlich verordneten Umweltschutzes nur ein Element einer grundsätzlich fehlgeleiteten Weltwahrnehmung ist. Den Profiteuren der Umweltzerstörung, für die der Planet nichts als Beute ist, hat diese Partei nichts entgegengesetzt.

Nach alledem ist mit einem auch nur ökologischen Einlenken Trumps und seiner Regierung nicht zu rechnen. Es bleibt nur zu hoffen, dass sich das Umweltrecht, die internationale Umweltpolitik, die US-amerikanische Demokratie, die EU, die internationalen Beziehungen, und der Planet als robust genug erweisen, um die Ära Trump abzuwettern und zu überwinden. Dazu mit rechtsstaatlichen Mitteln beizutragen ist sicher ein ehrenhaftes Unterfangen. Selten waren Aufklärung, Vernunft, Mäßigung, Wissenschaft und die politische Satire so notwendig und so attraktiv wie in diesen Tagen.



Prof. Dr. Bernhard W. Wegener M.A. (Brügge)

Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Europarecht an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Aktuelle Veröffentlichungen: Kein „Mund auf – Augen zu“ – Der freie Zugang zu Informationen über Emissionen in die Umwelt, ZUR 2017, 146 ff.; Verfassung in ausgewählten Teilrechtsordnungen: Konstitutionalisierung und Gegenbewegungen im Sicherheitsrecht, VVDStRL 75 (2016), S. 293 ff.; Nein, nein, nein!? Kein Funktionswandel der Verwaltungsgerichtsbarkeit unter dem Einfluss des Unionsrechts?, JZ 2016, 829 ff.; Licht und Schatten in der (Umwelt-) Informationsfreiheit, ZUR 2016, 153 ff.; Aktuelle Fragen der Umweltinformationsfreiheit, NVwZ 2015, 609 ff.